Grundrechte-Report 2018
Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland


Weitere Informationen finden Sie auf www.fischerverlage.de
Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit
Art. 2 (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. (...) In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Alexander Graser

Verletzte staatliche Schutzpflichten gegenüber Menschen in stationärer Pflege

»In Artikel 1 des Grundgesetzes steht, die Würde des Menschen ist unantastbar. Jetzt habe ich in einem Jahr (...) im Krankenhaus und in Altenheimen erlebt, dass diese Würde tagtäglich in Deutschland tausendfach verletzt wird (...). Es gibt Menschen, die liegen stundenlang in ihren Ausscheidungen (...). Die Pflege ist so überlastet.«

Grundrechtsverletzungen durch den Pflegenotstand

Es geht, auch da trifft Jorje den Punkt, um massive Grundrechtsverletzungen, darunter in der Tat die Menschenwürde aus Artikel 1 Absatz 1 GG. Betroffen sind auch das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) und vor allem das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die Handlungs- und Bewegungsfreiheit (Art. 2 GG). Im Alltag stationärer Pflege müssen pflegebedürftige Menschen oft auch jene Restbestände selbstbestimmten Lebens weitgehend ein, deren sie noch fähig wären; sie müssten sich ihrem rigiden Zeitplan einer bis ins Letzte durchgetakteten Institution fügen, werden erähnt, geschoben, gewaschen, anstatt unterstützt zu werden bei jenen alltäglichen Verrichtungen, die sie noch selbst erledigen könnten. Sie werden ruhiggestellt mit Hilfe mechanischer Fixierungen oder deren pharmakologischen Substituten, um sich – über Stunden allein gelassen – nicht zu verletzen, etwa beim Gang auf die Toilette. Und damit nicht genug: Auch die Versorgung ist nicht selten defizitär, mit den bekannten Konsequenzen vermeidbarer Druckgeschwüre und Kontraktu- ren. Selbst die vermeintliche Mindestanforderung einer angemessenen Versorgung mit Schmerzmitteln und Flüssigkeit ist nicht flächendeckend gewährleistet.

Gewiss sind von den skizzierten Missständen nicht alle über 100000 Heime in Deutschland betroffen, geschweige denn alle etwa 800000 im Heim Gepflegten. Tatsächlich ist die Datenlage in diesem Bereich dringend verbesserungsbedürftig – auch das eine Dimension des Pflegenotstands. Aber selbst bei sichtbaren Schätzungen muss man bei allen der zuvor exemplarisch aufgeführten Defizite jährlich von fünfstelligen Betroffenenzahlen ausgehen. Der Pflegenotstand ist mehr als die Summe gelegentlicher Ausreißer, die zwar bedauerlich, aber eben auch nie völlig auszuschließen sind. Vielmehr handelt es sich um ein „systemisches“ Problem und, soweit man den Zah-
Druckgeschwüre der Fall ist, und ebenso lebensgefährdende Zustände, beispielsweise infolge mangelnder Flüssigkeitsversorgung.

Die wesentliche Hürde besteht darin, einen verfassungsprozessualen Weg zu finden, um diese materiellen Gewährleistungen einzuklagen. Im Jahr 2016 scheiterten eine Reihe von »Verfassungsbeschwerden gegen den Pflegenotstand«. Die Beschwerdeführer*innen, überwiegend selbst pflegebedürftig, aber noch nicht im Heim, hatten erreichen wollen, dass die ihnen im Fall stationärer Pflege drohenden Grundrechtsverletzungen im Voraus beseitigt würden. Dazu sollte das Bundesverfassungsgericht den Staat zur Einhaltung seiner grundrechtlichen Schutzpflichten zwingen. Doch das Gericht hat diese präventiven Beschwerden nicht zur Entscheidung angenommen und die Beschwerdeführer*innen auf den fachgerichtlichen Rechtsschutz verwiesen, sollten sie denn mangelhafte Pflege erleiden.


Literatur